



# Interviews

27. März 2024

## Dirk-Oliver Heckmann im Gespräch mit Reinhard Houben, FDP

**Dirk-Oliver Heckmann:** Monatelang hatten Bahn und Lokführergewerkschaft GDL die Nation in Atem gehalten. Sechsmal hat GDL-Chef Weselsky die Lokführer zum Streik aufgerufen. Am Montagabend dann die Nachricht, mit der kaum jemand mehr gerechnet hätte: Bahn und GDL haben sich auf einen Tarifabschluss geeinigt, inklusive 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich schrittweise bis 2029 und Wahlmodell. Weitere Streiks im Zugverkehr sind damit erst mal vom Tisch.

Darüber können wir sprechen mit Reinhard Houben von der FDP. Er ist wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion im Deutschen Bundestag. Schönen guten Morgen, Herr Houben.

**Reinhard Houben:** Guten Morgen, Herr Heckmann.

**Heckmann:** Herr Houben, GDL-Chef Weselsky hat alles auf eine Karte gesetzt und die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durchgesetzt. Er spricht von einem Sieg auf fast der ganzen Linie. Gibt ihm sein Erfolg nicht recht?

**Houben:** Na ja, allein die Rhetorik wundert mich schon etwas, aber das kennen wir ja von Herrn Weselsky. Man sollte es mal realistisch rechnen. Wenn wir eine Reduktion von drei Stunden über fünf Jahre verteilen, bedeutet das eine ungefähre Kosten- oder Lohnerhöhung von 1,7 Prozent pro Jahr.

**Heckmann:** Aber immerhin: Die Bahn hat sich auf die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich eingelassen. Darüber wollte die Bahn anfangs gar nicht verhandeln. Erst die massiven Streiks haben dazu geführt, dass darüber verhandelt wurde. Trägt die Bahn insofern nicht selbst Verantwortung für diese massiven Ausstände? Sie machen ja immer die GDL verantwortlich.

**Houben:** Nun ja, das ist so, wenn Tarifpartner miteinander verhandeln. Dann muss jede Seite sich überlegen, wie sie agiert. Ich kann da weder der GDL, noch der Bahn Empfehlungen geben. Das ist ja auch nicht Aufgabe der Politik.

**Heckmann:** Aber Sie haben schon die GDL sehr stark ins Zentrum Ihrer Kritik gestellt von der FDP aus.

**Houben:** Na ja, es geht doch in der Debatte nicht um die GDL, sondern um die Frage, wie wir mit dem Streikrecht umgehen in Bereichen der kritischen Infrastruktur. Das ist der Ansatz, den wir als FDP voranbringen wollen in dieser Debatte. Und es geht nicht um eine GDL-Debatte. Das möchte ich schon ganz klarstellen, Herr Heckmann.

**Heckmann:** Sie fordern Eingriffe im Streikrecht. Ein echtes Streikgesetz gibt es bisher nicht. Gerichte müssen immer im Einzelfall entscheiden, was noch angemessen ist und was nicht. Aber man muss festhalten, Herr Houben: Das Streikrecht ist im Grundgesetz verankert. Es

herrscht Tarifautonomie. Wie können Sie denn als liberale Partei sich für einen Eingriff in dieses Grundrecht einsetzen?

**Houben:** Erstens ist das nicht ganz zutreffend. Die Koalitionsfreiheit ist im Grundgesetz definiert und daraus hat sich seit Anfang an durch Richterrecht das Streikrecht in Deutschland entwickelt. Schon 1991 hat auch das Bundesverfassungsgericht entschieden, man könnte trotzdem gesetzliche Regelungen finden, um beim Streikrecht bestimmte Dinge zu regeln. Es ist nicht so, wenn man über Streikrecht in Deutschland redet, dass man gegen die Verfassung redet, und wenn man im europäischen Ausland sich umschaute, gibt es auch viele demokratische Länder um uns herum, wo das Streikrecht sowohl in der Verfassung als auch über ein Gesetz geregelt ist. Die Debatte führt uns, glaube ich, nicht weiter.

**Heckmann:** Das Streikrecht wird allerdings von der Koalitionsfreiheit abgeleitet und es herrscht in Deutschland Tarifautonomie. Damit sind wir doch jahrzehntelang in Deutschland gut gefahren, oder?

**Houben:** Wir sind – und deswegen wollen wir ja die Einschränkung bei bestimmten Streiks haben. Es hat sich die Tarifautonomie gerade, ich sage mal, in den industriellen Bereichen bewährt. Das liegt aber auch daran, dass man eine Debatte dort auf Augenhöhe führt zwischen den Tarifpartnern. Aber gerade im Bereich zum Beispiel öffentlicher Personennahverkehr oder auch Deutsche Bahn AG ist es ja so, dass diese Unternehmen letztendlich staatlich garantiert sind. Was möchte ich damit zum Ausdruck bringen? – Bei einem Industriebstreik zum Beispiel bei einem Automobilunternehmen diskutieren beide Tarifpartner auf Augenhöhe. Auch die Gewerkschaft weiß, dass sie die Forderungen nicht so weit nach oben ziehen kann, dass am Ende der Gesamtbetrieb gefährdet ist. Das ist aber zum Beispiel beim öffentlichen Personennahverkehr und bei der Deutschen Bahn AG nicht der Fall. Dort gibt es quasi eine Staatsgarantie.

Außerdem sind nicht die Unternehmen die Leidenden beim Streik, sondern die Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs oder der Deutschen Bahn.

**Heckmann:** Trotzdem haben die Gewerkschaften das Recht, für ihre Forderungen zu agieren. – Sie schlagen vor, verpflichtende Schlichtungen einzuführen, klare Streikfristen, auch die Möglichkeit, Verhandlungsführer auszutauschen. Politische Mehrheiten dafür gibt es aber, so wie es aussieht, nicht. Sogar Verkehrsminister Volker Wissing von Ihrer Partei, der FDP, sagt, man könne Tarifkonflikte nicht über das Streikrecht regeln. Das Ganze eine wohlfeile Forderung für die Galerie?

**Houben:** Nein! Dann würden wir ja jetzt mit der Debatte aufhören. Sie zitieren hier Äußerungen einiger Parteifreundinnen und Parteifreunde zu dem Thema.

**Heckmann:** Des Verkehrsministers.

**Houben:** Und der Verkehrsminister. – Wir werden spätestens im Mai einen Vorschlag in die Bundestagsfraktion einbringen. Es gibt einen Antrag auf dem Parteitag zu diesem

Thema. Wir wollen diese Debatte nicht überstürzt führen. Aber die aktuellen Ergebnisse und die Vorgehensweise bei den Streiks hat uns schon animiert, darüber zu debattieren.

Klar ist auch: In dieser Legislaturperiode wird es da keine Änderung geben. Das Thema steht nicht im Koalitionsvertrag. Aber es ist meiner Meinung nach durchaus ein Thema, was man im nächsten Wahlkampf mit aufnehmen kann.

**Heckmann:** Der Streik bei der Bahn, Herr Houben, hat sicher nicht zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Im Gegenteil. Aber auch so schwächelt die deutsche Wirtschaft. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute – wir haben es in den Nachrichten gehört und auch schon darüber berichtet – veröffentlichen heute ihre Frühjahrsprognose und demnach senken sie diese auf 0,1 Prozent. Mit welchen Folgen auch für die öffentlichen Haushalte?

**Houben:** Sicherlich wird der Spielraum in den öffentlichen Haushalten dadurch noch geringer. Wenn man aber darüber hinausschaut, würde ich sagen, man sieht ein bisschen Licht am Ende des Tunnels. Die weltwirtschaftliche Entwicklung scheint sich zu erholen und von der sind wir in Deutschland ja besonders abhängig. Deswegen bin ich der Meinung, 2024 wird noch ein schwieriges Jahr sein, aber ich bin guter Hoffnung, dass 2025 auch die deutsche Wirtschaft wieder Tritt fassen wird, und es zeigt sich doch, dass die Wirtschaft in Deutschland insgesamt doch sehr widerstandsfähig ist und auch sicherlich diese Krise erfolgreich meistern wird.

**Heckmann:** Aber die Spielräume werden enger, sagten Sie. Heißt das für das Projekt Kindergrundsicherung beispielsweise aus Ihrer Sicht das Aus?

**Houben:** Frau Paus muss das ja entscheiden, wie sie ihren Haushalt gestaltet.

**Heckmann:** Sie wird sich ja ins Benehmen setzen müssen mit dem Finanzminister Christian Lindner.

**Houben:** Na ja. Aber, Herr Heckmann, es ist so, dass die jeweiligen Ministerinnen und Minister Vorgaben bekommen, was die finanziellen Spielräume angeht, aber es ist nicht so, dass ihnen Vorgaben gemacht werden, welche Schwerpunkte sie setzen wollen. Wenn Frau Paus bei der Kindergrundsicherung den Rotstift ansetzen will, ist das erst mal ihre Entscheidung.

**Heckmann:** Wenn die öffentlichen Haushalte sparen, Herr Houben, dann sorgt das allerdings auch nicht gerade für Wirtschaftswachstum. Ist es nicht eine schlechte Idee, sich noch weiter in die Rezession zu sparen, während Zukunftsinvestitionen und Investitionen in die Infrastruktur ausbleiben?

**Houben:** Es hat sich in der Vergangenheit eigentlich nie bewahrheitet, dass gerade die Verschuldung der öffentlichen Hand mit ihren Investitionen aus einer Wirtschaftskrise heraushilft. Wir müssen uns vor Augen halten, Herr Heckmann: Maximal zehn Prozent der Investitionen in Deutschland kann der Staat leisten. Es geht darum, die 90 Prozent wieder zu aktivieren. Dann bin ich ganz optimistisch, dass wir aus der Konjunkturdelle, in der wir uns befinden, auch wieder herausfinden.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.  
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Dis-  
kussionen nicht zu eigen.*